

EU-Kommission mahnt deutsche Reformen an

Die EU-Kommission erwartet von der Bundesregierung noch weitere Steuerentlastungen, um die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu reduzieren. In ihrem Bericht zur Arbeitsmarktsituation in Europa mahnt die zuständige EU-Kommissarin Anna Diamantopoulou vor allem weitere Maßnahmen gegen die Langzeitarbeitslosigkeit an. Trotz der jüngsten Reformen gebe es in Deutschland im EU-Vergleich eine der höchsten steuerlichen Belastungen von Arbeit, heißt es unter anderem in dem Bericht.

Diamantopoulou übergibt der Bundesregierung fünf Empfehlungen zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage. Damit ist die Bundesrepublik gemeinsam mit Frankreich, Italien und Spanien Spitzenreiter bei den Ermahnungen. Großbritannien muss nur auf vier Feldern aktivere Arbeitsmarktpolitik betreiben. Für die Niederlande und Irland hält die Sozialkommissarin gar nur zwei „Ermahnungen“ für notwendig. Allein Griechenland wird in sechs Fällen zu mehr Anstrengungen gegen die Arbeitslosigkeit ermahnt.

Besondere Maßnahmen müssten gegen die Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland unternommen werden. Auffallend sei mit 37 % der sehr geringe Anteil der 50- bis 64-jähriger an der arbeitenden Bevölkerung, so die Kommission.

Nach: Financial Times Deutschland vom 06.09.2000

